

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/56. Jahrgang

Februar 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Wen soll man wählen?

Hitler ein Kommunist? Mit dieser Behauptung hat AfD-Weidel die allenthalben betriebene Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ auf die Spitze getrieben. Einen Faschisten, der vom Großkapital an die Macht gehievt wurde und der als erstes Kommunisten und dann die Sozialdemokraten verfolgte und einsperrte, als Kommunisten zu bezeichnen, ist nicht nur bloßer Humbug, sondern eine bewusste Lüge.

Die Bezeichnungen „links“ und „rechts“ resultieren aus der französischen Revolution, nach der die Adligen und Reichen im Parlament rechts vom Regenten saßen und die Besitzlosen links. Und sie trafen auch auf die Nachkriegs-BRD zu, wo die CDU, die Haupt-Vertreterin der Groß- und Rüstungsindustrie traditionell rechts saß und die SPD – da-

mals noch so etwas wie eine Arbeiterpartei – links.

Das spiegelt auch die Macht- und Besitzverhältnisse unserer Gesellschaft wider: auf der einen Seite die Vertreter des Kapitals und auf der anderen Seite die große Mehrheit

der Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das sehen nicht nur Kommunisten so.

Warren Buffett (USA), einer der reichsten Männer der Welt stellte fest: „**Es herrscht Klassenkampf, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die den Krieg führt. Und wir gewinnen.**“ Da hat er recht, jedenfalls bis jetzt. Hierzu nur ein paar Beispiele des Klassenkampfes von oben aus der jüngeren deutschen Geschichte:

1. Das Gesundheitswesen war früher anteilig je zur Hälfte von Unternehmern und abhängig Beschäftigten finanziert. Mit der Einführung der Rezeptgebühren durch Helmut Schmidt begann die schrittweise Umverteilung, so dass heute die Unternehmer nur noch etwa ein Drittel bezahlen und die anderen zwei Drittel durch Zuzahlung, gelbe Listen etc. von den Versicherten aufgebracht werden.

2. Die Rentenhöhe betrug noch 1997 (Helmut Kohl) 70% des vorherigen Durchschnittseinkommens. Jetzt „streiten“ die Parteien, die miteinander die Renten schrittweise gesenkt haben, ob die 48% Grenze gehalten werden kann.

3. Die Arbeitslosenversicherung, ebenfalls paritätisch finanziert, garantierte den Beschäftigten 70% ihres früheren Lohnes und verhinderte bei Kündigungen den Absturz in die Armut, bis sie von Gerhard Schröder durch Hartz IV faktisch abgeschafft wurde. Wer heute arbeitslos wird, läuft Gefahr, morgen am oder unterm Existenzminimum zu leben. Und die Parteien überbieten sich darin, wie „Arbeitsverweigerern“ noch mehr genommen werden soll.

Um die kriminellen Steuerhinterzieher und –flüchtigen, die den Staat jährlich um Milliarden betrügen, kümmern sie sich dagegen nicht.

Diesen Klassenkampf von oben führen alle bürgerlichen Parteien, von CDU bis Grün, sie alle stehen stramm für Profit und Krieg. Deshalb

Fortsetzung auf S. 2



der Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Das sehen nicht nur Kommunisten so.

Warren Buffett (USA), einer der reichsten Männer der Welt stellte fest: „**Es herrscht Klassenkampf, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die den Krieg führt. Und wir gewinnen.**“

Da hat er recht, jedenfalls bis jetzt. Hierzu nur ein paar Beispiele des Klassenkampfes von oben aus der jüngeren deutschen Geschichte:

1. Das Gesundheitswesen war früher anteilig je zur Hälfte von Unternehmern und abhängig Beschäftigten finanziert. Mit der Ein-

Kurz und Gießen:

Schluss mit dem Theater, Streupflicht, Brückenreparatur S. 3

Militarisierung im Inneren S. 4

Griff in die Mottenkiste
Kein Lohn ab ersten Krankheitstag? S. 5

Baerbock: Wenn Engel reisen S. 6

Schuldenfalle Studienkredit S. 7

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1:

Wen soll man wählen? – Hitler ein Kommunist?

vermeiden sie die Begriffe „links“ und „rechts“, um zu vertuschen, dass sie alle miteinander im Interesse des Kapitals handeln – mal als „Regierung“, mal als „Opposition“.

Noch ein paar Worte:

Zur AfD: Sie unterscheidet sich

programmatisch nur unwesentlich von den anderen Parteien des Kapitals, ist gegen Mindestlohn und für Aufrüstung, wird als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft, aber derzeit noch nicht gebraucht.

Zur Linken: Sie ist mit Ministerpräsident Ramelow im System angekommen, ist in der Frage Ukraine-Krieg gespalten und hat sich von sozialistischen Vorstellungen weit-

gehend verabschiedet.

Zum BSW: Sahra Wagenknecht hängt der Utopie eines „Kapitalismus ohne Gier“ (so einer ihrer Buchtitel) nach, tritt ein für Verhandlungen und Handel mit Russland, gegen die Stationierung neuer Raketen und gegen Krieg.

Viel Spaß bei der Frage: Wen soll man wählen?

Erika Beltz

Mietpreistreiber: Parteien im Stadtparlament

In den beiden letzten Ausgaben unseres Gießener Echos stellten wir dar, wie die Gießener Stadtregierungen der letzten Jahrzehnte mit- und hauptverantwortlich an der miserablen Mietsituation in unserer Stadt sind. 5.000 Wohnungssuchende für bezahlbare Räume bei der *Wohnbau* sind Ausdruck dafür. Stadtregierung und Stadtparlament treiben Mietpreise durch Erhöhung der Grundsteuer B in die Höhe. Das trifft die meisten Mieter hart im Geldbeutel.

Am 26. Sep. 2024 beschlossen die Parteien der Stadtregierung (Grüne, SPD, Linke), gegen die Stimme auch von Martina Lennartz (fraktionslose Abgeordnete der DKP), dass diese Steuer von 600 auf 624 Punkte erhöht wird. Die Gewerbesteuer dagegen ist seit 2008 auf einem gleich hohen Niveau eingefroren.

Unter dem beschönigenden Begriff „Reform der Grundsteuer; Änderung der Hebesatzsatzung“ setzten sie ein Gesetz von 2019 um, das CDU/CSU, SPD, FDP und die

Grünen im Bundestag beschlossen hatten.

In der Presse las man den Spruch von Bürgermeister Wright (Grüne), man halte sich an den „Geist der Reform“. Und er nahm das Wort „Gerechtigkeit“ in den Mund. Seine Gerechtigkeit besteht darin, dass Mietshaus-Besitzer und Immobilienhaie die Grundsteuer als Mietnebenkosten auf die Mieter abwälzen können. Haus, Grund und Boden gehören dem Vermieter, der den Gewinn einstreicht. Warum sollte der Mieter für die Grundsteuer aufkommen?

Mit diesem Beschluss, sich an die „Hebesatzempfehlungen“ der Hessischen Landesregierung zu halten, entmündigte sich das Stadtparlament auf Kosten der Mieter, denn die Stadtverordne-

tenversammlung hätte auch Mieter-Entlastung beschließen können.

Mario Berger



Drohbriefe vom Sozialamt

„Wir weisen Sie ausdrücklich darauf hin, dass Ihnen nach § 66 SGB 1 die Gewährung der Sozialhilfe ganz oder teilweise versagt werden kann, wenn Sie der vorstehenden Aufforderung nicht nachkommen“ – dieser Satz ist Teil eines Schreibens des Sozialamtes an eine 73-jährige behinderte Frau. Sie hatte beim Amt die Übernahme einer Mieterhöhung beantragt. Nach der „vorstehenden Aufforderung“ sollte sie innerhalb von fünf Tagen nach Erhalt des Briefes verschiedene Unterlagen einreichen, darunter Kontoauszüge, eine Schweigepflichtentbindung und medizinische Unterlagen, die bekräftigen, dass ihr ein Umzug aus

gesundheitlichen Gründen nicht zugemutet werden kann. Nach Bitte um Fristverlängerung wurde ihr mitgeteilt, trotz ihrer Behinderung sei ein persönliches Erscheinen im Amt (in der 10 km entfernten Kreisstadt) notwendig.

Selbst ein gesunder Mensch würde bei so einer Drohung erschrecken. Wie wirkt sie sich auf jemanden aus, der sowieso unter Existenzängsten und depressiven Zuständen leidet, der sich schon seit Jahren nur noch wenige hundert Meter von seiner Wohnung entfernt hat? Von Herzerasen und Angstzuständen bis zu Suizidgedanken reichen die Folgen. Die zuständige Sachbearbeiterin

kann wahrscheinlich nichts für die Formulierung, sie verwendet vermutlich vorgegebene Textbausteine. Diejenigen, die für solche Schreiben verantwortlich sind, machen sich offensichtlich keine Gedanken darüber, was sie damit anrichten.

Im Umgang von Behörden mit Bürgern ist es ein Problem, dass manche ihre Briefe nicht öffnen, weil es ihnen sowieso schon schlecht geht und sie Angst vor dem Inhalt haben. Entsprechende Briefe könnten auch so formuliert werden, dass sich niemand bedroht fühlen muss.

Gernot Linhart

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Schluss mit dem Theater – Geld ins Gießener Haushaltssäckel

Kurz vor den Wahlen werden wieder mit „Wohltaten“ an der Stadt die Pressezeilen gefüllt. Da taucht der hessische Wirtschaftsminister (SPD) persönlich im Rathaus auf, um für den „Eulenkopf“ und die Weststadt 3 Mio. Euro „Projektgeld“ zu „spendieren“. Welch eine Wohltat – welch ein Theater! Denn die Stadt Gießen hat einfach Anspruch auf dieses Steuergeld, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

In der Hessischen Verfassung, Artikel 137, ist klar formuliert: „[...] Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel [...] zu sichern.“

Eigentlich sollte sich der Wirtschaftsminister schämen, denn ein Teil des Geldes fließt in die Kindertagesstätte der kirchlichen Caritas.

Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung davongestohlen und seine Aufgaben der Kirche überlassen.

Schämen sollte sich auch die Mehrheit der Gießener Stadtverordneten. Bisher hat noch niemand öffentlich gefordert, die Vorgaben der Hessischen Verfassung auch einzuhalten.

Streupflicht – gleiche Regeln für alle?

Im Gießener Abfuhrkalender 2025 gibt es neben den Spalten mit den Terminen viel Platz für Informationen. Im ersten Quartal steht dort ein Text zum Winterdienst. „Streusalz nur in geringen Mengen verwenden“ heißt es dort. Mit Recht: Salz schadet allen Pflanzen und dem Grundwasser. Wo die Stadt für den Winterdienst zuständig ist, kann allerdings von „geringen Mengen“ keine Rede sein. Manche Stellen sind auch ohne Schnee weiß, so viel Salz liegt dort.



Flickschusterei – Vorsicht Rutschgefahr!

Brücken verbinden, sodass Mensch sicher von einer Seite zur anderen kommt. Eine Binsenweisheit, aber nicht für Gießens Stadtverwaltung. Wohl aus schierer Verzweiflung wegen der miserablen Haushaltslage, wurde die kleine Brücke über die Wieseck im nördlichen Schwanenteich-Bereich billig mit kleinen Stahlplatten geflickt – auf der Gehfläche. Bei Nässe, Schmutz und Schnee werden sie zur gefährlichen Rutschfalle.

Wenige Meter von dieser Brücke entfernt steht die „Hochzeits-



brücke“. Bis zur Landesgartenschau half sie den Schwanenteich zu überbrücken. Dann wurde sie erst von Baggern demoliert, dann für 12.000 Euro renoviert, auf dem Gras abgestellt, nun rostet sie vor sich hin und wurde zum Wahrzeichen von Gießener Sinn- und Planungslosigkeit.

Wenn man jetzt beide Absätze (mit einer Gedankenbrücke) verbände, liefe das auf die Idee hinaus, dass die Stadt beide Brücken gegeneinander austauschen könnte.

Uniklinikum: Saubere Sache?



Am 13. Januar versammelten sich die Reinigungskräfte des Gießener Uniklinikums vor dem Haupteingang zu einer Kundgebung. Sie forderten einen besseren Tarifvertrag. In der

Rhön AG, Betreiberin der privatisierten Klinik, sind mehrere Dienstleistungsbereiche in Tochterfirmen mit eigenen Tarifverträgen ausgliedert. Der Vertrag für die Reinigungskräfte ist besonders schlecht, sie bekommen weder ein Jobticket noch Weihnachtsgeld. Außerdem haben sie eine Personalbesetzung, die zu Arbeitshetze und Überlastung führt. Der zuständige ver.di-Gewerkschaftssekretär

Fabian Dzewas-Rehm, der Betriebsratsvorsitzende Marcel Ivanik und mehrere Beschäftigte, auch aus anderen Bereichen des Klinikums, bekräftigten die Forderungen der Reinigungskräfte. Die ebenfalls anwesenden Mitglieder des Geschäftsvorstandes versprachen, zu besseren Verträgen bereit zu sein. Als nächster Schritt wird eine Tarifkommission gebildet, die mit dem Vorstand verhandeln soll.

Die Gießener DKP ist solidarisch mit dem kämpfenden Personal.

Monopoly in Heuchelheim - 450 Arbeitsplätze in Gefahr

30 Jahre schien alles rund zu laufen bei der *Schunk Group*. Das 1913 zur Herstellung von Kohlebürsten für Elektromotoren gegründete Unternehmen besteht heute aus zehn weltweit operierenden Geschäftsbereichen und erwirtschaftete 2022 einen Umsatz von 1,45 Mrd. Euro. Nach dem Verkauf der Automatisierungssparte 1992 hatte es bis Ende letzten Jahres keine Negativschlagzeilen mehr gegeben. Ende Oktober jedoch brachte die Geschäftsführung in einer Aufsichtsratssitzung die Option eines Verkaufs der Sparte Sintermetall ins Spiel. Diese soll bereits seit mehr als einem Jahr defizitär arbeiten. Betroffen sind ebenfalls ein Sintermetall-Werk in Sachsen-Anhalt und eines in Mexiko.

Verkauf eines Unternehmens (teils) bedeutet in aller Regel eines: Ein Kapitaldienstleister (volkstümlich „Heuschrecke“) kauft den Unternehmensteil und wird re-

gelmäßig entweder „Kosten optimieren“ oder liquidieren. Beides bedeutet Entlassungen. IG Metall und Betriebsrat sind entschlossen, dies zu verhindern. Es bestehe die Möglichkeit, die betroffenen Mitarbeiter in die verbleibenden vier Schunk-Unternehmen in Heuchelheim, die insgesamt ca. 2.000 Mitarbeiter beschäftigen, zu integrieren. Die DKP erklärt ihre unbedingte Solidarität mit den Betroffenen und ihrem Kampf um die Arbeitsplätze und den bestehenden Haustarifvertrag!

Dass ursprünglich gesunde Un-

ternehmen in Schwierigkeiten geraten, dürfte maßgeblich durch die desaströse Wirtschaftspolitik der „Ampel“, zu der der nutzlose Handelskrieg gegen Russland gehört und die in der Folge explodierten Energiepreise, verursacht sein.

Michael Drees

Sintern

Metallpulver wird bei einer Temperatur dicht unterhalb des Schmelzpunkts zu Formteilen, häufig Gleitlagern, gepresst. Energieintensives Verfahren, Hauptabnehmer der Produkte ist die kriselnde Automobilindustrie.



Militarisierung im Inneren

Am 11. Oktober 2024 wurde das hessische Heimatschutzregiment 5 in Wiesbaden in Dienst gestellt. Es umfasst circa 1.200 Dienstposten, wobei ein Großteil davon auf Reservistendienst Leistende entfällt. Bis 2027 sollen sechs dieser Heimatschutzregimenter in Deutschland in Dienst gestellt werden.

Begründet wird die Aufstellung der Regimenter mit der Zuspitzung der außenpolitischen Lage. Es werden aber auch Katastrophenfälle im Inneren, wie die verheerende Flut im Ahrtal 2021, als beispielhafte Einsatzszenarien herangezogen.

Heimatschutzregimenter ermöglichen die Erfüllung mehrerer Ziele auf dem Wege zur Kriegstüchtigkeit. Der Einsatz im Inneren für zivile Zwecke, wie z. B. Hilfe im Katastrophenfall, eine Aufgabe, die eigentlich von Organisationen wie dem Technischen Hilfswerk übernommen wird, nutzt dem öffentlichen Image der Bundeswehr und sorgt für zunehmende Verschränkung von ziviler- und mili-

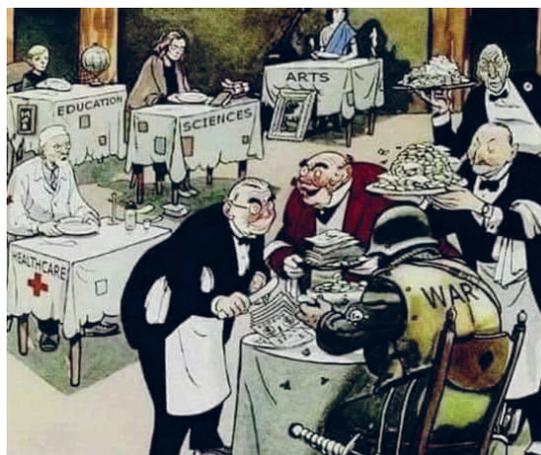
tärischer Infrastruktur.

Zudem schafft die Regimentsaufstellung die Möglichkeit zur Ausbildung größerer Gruppen von Freiwilligen. Die Reservistendienst Leistenden gehen in der Regel einer zivilen Beschäftigung nach und nehmen übers Jahr verteilt an mehreren Übungen teil. Sie bilden somit eine weitere Schnittstelle zwischen zivilem und militärischem Leben. Zur Ausbildung der Heimatschutzkräfte

zählt neben militärischem Grundwissen eben auch "politische Bildung".

Zur Rolle der Heimatschutzregimenter schreibt die Bundeswehr auf ihrer Webseite: "Dem Heimatschutz kommt in der territorialen Reserve eine besondere Rolle zu. Zu den Aufgaben im Heimatschutz gehört der Schutz von Transport- und Versorgungswegen, die für die Bundeswehr und die Streitkräfte verbündeter Nationen bei Verlegungen durch Europa, zum Beispiel an die NATO-Ostflanke, wichtig sind. So bewachen die Heimatschützerinnen und Heimatschützer beispielsweise die Rasträume der marschierenden Truppe. Auch der Schutz verteidigungswichtiger ziviler Infrastruktur zählt dazu, z. B. Verladebahnhöfe, See- oder Flughäfen, Marschstraßen und Verkehrsknotenpunkte."

Im Falle einer Eskalation an der NATO-Ostflanke wäre auch Hessen Schauplatz solcher Truppentransporte.



Viel für den Krieg, wenig für Gesundheitspflege, Bildung, Forschung und Kunst!

M.la.

Griff in die Mottenkiste

Deutschland scheint ein „Land der Blaumacher“ zu sein. Zumindest könnte man den Eindruck gewinnen, wenn man die Äußerungen neoliberaler Ideologen für bare Münze nimmt. So behauptete beispielsweise Oliver Bäte in einem Interview in der jüngsten Ausgabe der „Wirtschaftswoche“, Arbeitnehmer seien hierzulande im Schnitt 20 Tage pro Jahr krank, während der EU-Schnitt bei acht Krankheitstagen liege. Aus dieser Behauptung leitet der Vorstandsvorsitzende des Allianz-Konzerns die Forderung ab, Beschäftigten ab ersten Tag einer Krankmeldung keinen Lohn mehr zu zahlen.

Unterstützung erhält Bäte bei seinem Angriff auf die in einem mehrmonatigen Streik erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von der Chefin der Wirtschaftsweisen Monika Schnitzer, dem Wirtschaftslobbyisten Bernd Raffelhüschen, der Springerpresse und einer Reihe weiterer Milton-Friedman-Jünger.

Dabei spielt es keine Rolle, dass

die Mär von ausufernden Krankmeldungen längst durch den aktuellen Gesundheitsreport des BKK-Dachverbands der Betriebskrankenkassen widerlegt worden ist. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht ebenfalls keinen erhöhten Krankenstand in Deutschland – weder bei einem Vergleich mit anderen EU-Staaten noch im Zeitverlauf.

Daher hat Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall Recht: „Wer Karenztage aus der Mottenkiste holt, greift die soziale Sicherheit an und fördert verschleppte Krankheiten.“ Auch der DGB warnt vor einer zunehmenden Tendenz bei Beschäftigten zum „Präsentismus“.

Tatsächlich besteht das Problem nicht darin, dass Kolleginnen

und Kollegen gesund zu Hause bleiben, wie es der Vorstoß des Allianz-Chefs unterstellt, sondern, dass viele Beschäftigte krank zur Arbeit gehen. Dies belegen Zahlen des „DGB-Index Gute Arbeit“. Die repräsentative Beschäftigtenbefragung kommt zu dem Ergebnis, dass schon vor Corona etwa 70% der Beschäftigten angaben, mindestens einmal im Jahr krank zur Arbeit erschienen zu sein und im Durchschnitt fast neun Arbeitstage pro Jahr trotz Erkrankung gearbeitet zu haben.

Wer es mit niedrigeren Krankenständen ernst meint, muss daher, statt mit Karenztagen die Lohnkosten zu senken, den betrieblichen Gesundheitsschutz stärken und für gute, nicht krankmachende Arbeitsbedingungen sorgen.

Ulf Immelt



Alice Weidel und Elon Musk: zwei Seiten derselben Medaille

Die bürgerliche Presse in Deutschland schäumt. Der aktuell reichste Mann der Welt, der Oligarch Elon Musk, mischt sich unverschämterweise in den deutschen Wahlkampf ein. Die ständige Einmischung von US-Lobbygruppen, wie „Atlantik-Brücke“, „Aspen Institut“ oder dem Institut „Liberaler Moderne“ werden nicht kritisiert.

Der große Aufreger in dem Interview ist die Aussage von Alice Weidel, Hitler sei Kommunist gewesen. Der Gesamtzusammenhang in dem Weidel diese Aussage tätigt ist bemerkenswert: „Ja, absolut. Er war ein Kommunist [...] Was sie also taten: Sie verstaatlichten die privaten Unternehmen. Und dann verlangten sie Steuern, [...]“.

Ihre Definition von Kommunismus ist Verstaatlichung und hohe Steuern. Hitler hat allerdings keine Betriebe verstaatlicht. Im Gegenteil hat er den Kapitalisten "absolute" Macht in ihren Betrieben gegeben.

Bezeichnend ist die Definition, die

Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.

**Theodor W. Adorno
1903 - 1969**

Weidel bezüglich der AfD gibt: „Wir sind eine libertäre konservative Partei.“

Nicht liberal, sondern libertär. Es geht weiter mit einem Bogen zum Krieg in Gaza und dem „linken Antisemitismus“:

„[...] Also nur die linken Palästinenser, die kritisieren die Politik hier. Sie haben also einen tief verwurzelten Antisemitismus innerhalb der linken Bewegung. Und das war schon immer so. Adolf Hitler, der hat auch damit gespielt [dem Antisemi-

tismus (Anm. d. A.)]. [...] Und es war eine sozialistische Maßnahme, die gegen sie [die Juden (Anm. d. A.)] ergriffen wurde.“ Hier ist sie wieder, die alte Totalitarismustheorie (ein US-Produkt aus dem Kalten Krieg): Links- und Rechtsextreme, alles dieselbe Suppe. Weidel bezieht sich hier auf den Gründungsmythos der BRD, der auch von den „etablierten Parteien“ geteilt wird. Weidels AfD steht für eine Spielart des Kapitalismus (libertärer), nach der der Staat der Hauptfeind ist. Sie steht für ein Bündnis mit einem Flügel des US-Kapitals. Das sind Oligarchen wie Musk, Bezos, Thiel und Ellison. Die völkische Rhetorik ist Maskerade. Die AfD steht für eine asoziale Politik gegen die Masse der Bevölkerung: Beibehaltung der Schuldenbremse, Senkung der Steuern in großem Umfang, was zu einer Zerschlagung des Sozialstaates führen wird.

Henning Mächerle

Wenn Engel reisen

Dass moderne Politiker, namentlich Grüne, mitunter Allüren und Verhaltensweisen an den Tag legen, die an Absolutismus und Gottesgnadentum erinnern, dürfte dem viel zitierten lesenden Arbeiter kaum entgangen sein. Insbesondere wenn Untertanen ihrem Unmut öffentlich mit Kraftausdrücken Luft machen, reagieren die zartbesaiteten Seelen stets mit aller Härte des Strafrechts. Unter 70 Tagessätzen geht da gar nichts, so angemessen die sanktionierten Äußerungen angesichts der Leistung des jeweils Betroffenen auch sein mögen.

Antidiplomatin und Kosmetik-Queen Annalena Baerbock, bekannt durch Zitate wie „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland [...]“ und „Das wird Russland ruinieren.“ nimmt hier gar eine Sonderstellung ein. 2022 durfte der Steuern zahlende Untertan sich ihre Schönheit über 136.000 Euro kosten lassen. Zitat: „Sonst sieht man aus wie ein Totengräber.“ Reaktionen aus dem ehrbaren und zwingend notwendigen Bestatterhandwerk sind nicht überliefert.

Hoheit flog am 03.01. nach Syrien, um den neuen Machthabern ihre Aufwartung zu machen. Denn

IS, Al-Kaida, Al Nusra, gestern noch Terroristen, sind jetzt vermeintlich die Guten. Ihre Hoheit Annalena I hat sie als neue Untertanen gleich eingenordet. Vielleicht werden sie jetzt manchmal keine Morde an als Prostituierte denunzierten Frauen



mehr begehen. Vielleicht werden sie sogar Frauen gnädiger Weise ein paar Grundrechte zugestehen. Dafür war es wohl kaum zu teuer, dass die Untertanen 24 Flugbewegungen mit insgesamt fünf Regiemaschinen bezahlen durften:

ein A319, drei A400M, davon eine Ersatzmaschine, eine C130J. Mit dabei: ca. 100 Einsatzkräfte. Die genauen Kosten gehen das Fußvolk natürlich nichts an. Es ist aber von mehreren Mio. Euro auszugehen. Ihr Beraterstab hätte ihr für den Anlass zu einem landestypischen schwarzen Ganzkörperkondom raten sollen, dann hätte sie vielleicht einen Händedruck bekommen und das syrische Fernsehen hätte ihr Gesicht nicht verpixeln müssen. Von den eingesparten Kosmetikkosten ganz zu schweigen.

Der Verfasser bedauert, dass es nicht möglich ist, die diplomatiefeindliche Außenministerin durch die selige Elisabeth von Österreich, genannt Sissi, zu ersetzen. Zum einen war diese, was ihre Ansprüche an Reisekomfort und Kosmetik anbelangt, deutlich genügsamer. Zum anderen war sie intelligent und besaß eindeutig diplomatische Fähigkeiten – die Integration Ungarns in den KuK-Staat dürfte maßgeblich ihr zuzuschreiben sein.

Michael Drees

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief
an: Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de



DKP Gießen bei YouTube, Facebook und Instagram

USA – stärkste Kriegsmacht, hilflos gegen Feuer

900 Mrd. Dollar im Jahr gibt die Regierung der USA für ihr Militär aus. Das braucht sie, um auf allen Erdteilen und in allen Weltmeeren ihre Interessen durchzusetzen. Für eine schlagkräftige Feuerwehr fehlt hingegen das Geld. Selbst in Los Angeles mit seiner brandgefährdeten Umgebung wurden die Ausgaben für die Brandbekämpfung im vorigen Jahr um einen zweistelligen Millionenbetrag gekürzt. Nach Pres-

seberichten sind dort ein Drittel der Feuerwehrleute Strafgefangene, die mit ihren Einsätzen Straferleichterungen erreichen können. Sie sind natürlich billiger als freie Angestellte. Zudem ist auch noch das Wasser knapp. Nach US-Recht gehört Grund- und Oberflächenwasser den jeweiligen Grundbesitzern und wird meistbietend versteigert.

Gernot Linhart



Die Grünen: vom Pazifismus zur Kriegspartei

Die Partei „Die Grünen“ war in ihren Anfängen eine linke Partei mit antikapitalistischen und antimilitaristischen Positionen. Die Wende der Grünen ist mit einem Namen verbunden: Josef Fischer. Dieser rechtfertigte den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 in demagogischer Weise mit dem Verweis auf die deutsche Vergangenheit. Wenn man an das Wüten der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien denkt, wird der Zynismus dieser Aussage deutlich. Fischer ist auch wesentlich verantwortlich für den strikten pro USA-Kurs der Grünen. Vor allem die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright „überzeugte“ Fischer von den Vorzügen des US-Imperialismus. Die eiskalte Machtpolitikerin war aber ehrlich und demaskierte das heuchlerische humanistische Gerede der USA. Sie erklärte den Tod von 500.000 irakischen Kindern in Folge der US-Sanktionspolitik zum „akzeptablen

Preis“. Fischer profitierte direkt von seinem politischen Seitenwechsel. Er verdiente nach seiner Zeit als Politiker Millionen mit Beraterverträgen und Vorträgen. Unter anderem hatte er einen Beratervertrag bei *The Albright Group*, deren Besitzerin Madeleine Albright war. Figuren wie Annalena Baerbock wurden von der „Fischer Gang“ innerhalb der Grünen protegirt. Sie wurde 2020 in das Programm *Young Global Leaders* aufgenommen. Ein Programm, das vom *World Economic Forum* aufgelegt wurde. Das ist eine Organisation, bei der die Interessen des US-Finanzkapitals im Vordergrund stehen. Zu diesem Programm gehörten viele BRD-Politiker, auch Angela Merkel. Meist gibt es eine personelle Überschneidung zur US-Lobby Organisation „Atlantik-Brücke“. Auch Robert Habeck gehört in diese politische Linie. Er ist ein bekennender Fan von

Gustav Noske (siehe Habecks Theaterstück „Neunzehnte Nacht“). Während der Novemberrevolution 1918 trug Noske die Verantwortung für die blutige Niederschlagung der Revolution durch Freikorps. Noske kann als moralisch mitverantwortlich für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angesehen werden. Eine Partei, deren Kanzlerkandidat sich in der Tradition des Bluthundes Noskes sieht, hat jede Legitimität verloren.

Henning Mächerle



Schuldenfalle Studienkredit

Manche Studierende bekommen weder BAföG noch genug Unterstützung von ihren Eltern. Für sie gibt es die Möglichkeit, einen Studienkredit bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufzunehmen. Diese Kredite haben gegenüber üblichen Bankkrediten den Vorteil, dass weder Sicherheiten noch Bürgschaften gefordert werden. Sie haben aber den Nachteil, dass die Zinsen besonders hoch sind. Da nicht alle Studierenden erfolgreich sind und nach dem Studium den Kredit zurückzahlen können, gibt es ein Ausfallrisiko. Für dieses Risiko müssen alle Kreditnehmer mit höheren Zinsen einstehen. Die KfW schlägt auf den am jeweiligen Leitzins orientierten Satz 4% auf, zurzeit ergibt das einen Zinssatz von 7 bis 8%. Im Laufe eines mehrjährigen Studiums kommen durch den Zinseszins effekt Schulden von mehreren zehntausend Euro zusammen. Bei der Rückzahlung ist in den ersten Jahren die

Tilgung sehr niedrig, die Schuld verringert sich nur wenig. Ca. 300 Euro pro Monat für mindestens 20 Jahre – das ist es, was Absolventen nach dem Studium erwartet. Wer schnell

Beschäftigung durchschlagen müssen. Ganz schlecht sieht es aus, wenn jemand gesundheitliche Einschränkungen hat. 300 Euro sind dann eine Menge Geld. Notwendig wäre, dass die Zinsen auf einen nur am Leitzins orientierten Satz beschränkt wären und das Risiko beim Staat oder der KfW läge. Dieses Geldinstitut macht mit anderen Geschäften gute Gewinne. Der Staat sollte ein Interesse daran haben, dass viele erfolgreich studieren können und danach gute Steuerzahler werden.

Übrigens wurde auch das BAföG für viele Jahre nur als Vollkredit gewährt, allerdings im Gegensatz zum Studienkredit zinslos. Zu dieser Zeit waren auch die Berufsaussichten für viele Studiengänge schlecht. Wer nach einem Berufsleben mit Zeitverträgen und Arbeitslosigkeit früh in Rente gehen musste, zahlte dann noch von seiner mageren Rente die BAföG-Schulden ab.

Gernot Linhart

Wir werden dich lieber den Rest deines Lebens finanziell unterstützen als dich auf die Uni zu schicken. Das ist billiger für uns!



eine gut bezahlte Stelle findet, kann das verkraften. Bei einigen Studiengängen sieht es aber leider so aus, dass Absolventen sich jahrelang mit Praktika, Zeitverträgen und prekärer



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Mi. 5.2. um 19 Uhr:

"Was wird aus Syrien?" mit Karin Leukefeld, Journalistin (siehe: www.leukefeld.net); Kongresshalle, Vortragsraum

Sa. 8.2. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Mi. 19.2.:

Redaktionsschluss März-Echo

Do. 20.2. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen, Winchester-Zimmer

Di. 25.2. um 16 Uhr:



80. Todestag von Hans Rosenbaum, Kundgebung Katharinengasse 11

Mi. 26.2. um 19:00 Uhr:

Kriegswirtschaft in der Gießener Region während des 2. WK und ihre Opfer der Zwangsarbeit – Vortrag von Dieter Bender, Altes Schloss, Netanya-Saal am Brandplatz

Fr. 28.2. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 1.3. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Sa. 8.3. ab 17:00 Uhr:



Internationaler Frauenkampftag – Demo ab Berliner Platz

Sa. 29.3. ab 12 Uhr:

Aktionstag gegen Kriegszentrale in Wiesbaden; Auftaktkundgebung Hauptbahnhof Wiesbaden

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** kam es in vielen Betrieben in Gießen und der gesamten Bundesrepublik zu Kurzarbeit und Entlassungen. Die Auftragslage war schlecht. Für die Gießener Maschinenfabrik Heyligenstaedt kam die vorübergehende Rettung aus der Sowjetunion. Großaufträge sicherten für mehrere Jahre Arbeitsplätze.

Vor **40 Jahren** beschloss das Stadtparlament einen neuen Flächennutzungsplan. Auffällig war, dass dicht bewohnte Areale in der Nähe von Großbetrieben als Mischgebiete und nicht als Wohngebiete ausgewiesen wurden. Den Betrieben blieben damit strengere Regeln zum Emissionschutz erspart.

Vor **30 Jahren** hätten Stadt und Wohnbau die Chance gehabt, den anhaltenden Mangel an Sozialwohnungen deutlich zu verringern. Nach dem Abzug der US-Army standen viele freigewordene Wohnungen zur Verfügung. Doch obwohl in den nächsten Jahren für ca. 3000 Wohnungen die Sozialbindung endete, wurden diese

Häuser vorwiegend für den freien Wohnungsmarkt vorgesehen.

Vor **20 Jahren** mussten viele Inhaber des Gießen-Passes zumindest vorübergehend auf die damit möglichen Ermäßigungen verzichten. Nach Einführung von Hartz IV beschloss das Stadtparlament erst im April neue Regelungen dazu. Schon in den letzten Monaten des Vorjahres wurde eine größere Anzahl von Anträgen auf Beihilfen für Sozialhilfeempfänger nicht mehr bearbeitet. Unterstützungen für Neuanschaffungen i. M. waren in den Hartz IV-Regeln nicht mehr vorgesehen.

Vor **10 Jahren** hatte der nun inhaftierte Spekulant René Benko den Karstadt-Konzern übernommen. Die Karstadt-Mitarbeiter hatten in den Jahren davor schon zwei Besitzerwechsel ertragen müssen. Jetzt standen ihnen wieder Unsicherheiten und Einschränkungen bevor. Heute sitzt Benko in Österreich in Untersuchungshaft.

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir als DKP für eine friedliche Welt der gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen „Nein!“ zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die internationalen Spannungen und sind

insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies erhöhen die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von fatalen Fehlreaktionen.

Unterschreiben unter nie-wieder-krieg.org

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!



<https://nie-wieder-krieg.org/>

DIE NIE WIEDER KRIEG WAFFEN NIEDER

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****